

Die „Vorblätter“ erscheinen morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin
16.- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Post-
bezugs nehmen sämtliche Vorkaufstellen Bestellungen entgegen. Unser Kreisblatt
bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.,
inschließlich Postumschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 30.- M.,
Rehabilitations-Expedition und Verlag: Berlin E 2, Berlin Straße 24b.

Die achtgrößten Konkurrenzblätter über Ihren Raum kostet 4.- M. einschließlich
Erwerbszweck. Kleinere Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbszweck. Ausland: Anzeigen laut Tarif.
Beitrag-Anzeigen und Anzeigen-Verträge 2,20 M. netto pro Zeile. Straßen-Verträge
in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M.
Redakteur: Zentrum 2038, 2645, 6516, 6803, 6815, 6848, 6822

FRÖHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Protest der Amsterdamer Internationale

Die Arbeiter der Welt über die Wiedergutmachung

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam hat an Lloyd George folgendes Telegramm geschickt:

Gesellen! Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das im Namen von 25 Millionen organisierter Arbeiter spricht, ersucht es für nötig, bei Beginn der Beratungen der Vertreter der verschiedenen Regierungen über die Beratungen der Vertreter der verschiedenen Regierungen über die Wiedergutmachung, die Aufmerksamkeit dieser Vertreter auf die Forderungen zu lenken, die die Arbeiter hinsichtlich der Durchführung des Friedensvertrages zu wiederholten Malen dem Obersten Rat des Völkerbundes bekannt gegeben haben, sowie auf die vom Internationalen Gewerkschaftsbund in London am 10. November vorigen Jahres angenommenen Resolutionen betreffend den Wiederaufbau Europas und die Kohlenlieferungen Deutschlands.

Die organisierten Arbeiter erachten eine Schadensergütigung durch Deutschland für notwendig und gerechtfertigt; sie protestieren jedoch gegen Forderungen, die die Arbeiter Mitteleuropas eine volle Generation hindurch in Stillstand setzen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verhindern, den Haß zwischen den Völkern verschärfen und die Kultur vernichten würden.

Das Bureau fordert von der internationalen Vorkonferenz die Feststellung einer gerechten Schadensergütigung unter Berücksichtigung dieser Erwägungen und der Resolutionen des Londoner Kongresses.

Für das Bureau: J. Dubogues, Sekretär.

Deutschlands Leistungen an England

CC. London, 24. Februar.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde von der Regierung die folgende Erklärung abgegeben: Die Naturalisierung, die England bisher erteilt, setzt sich wie folgt zusammen: 8151 Tonnen Farbstoffe, 304 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 158 000 Registertonnen. 208 dieser Schiffe wurden für eine Summe von 13 600 000 Pfund verkauft, wovon jedoch Reparaturkosten in Höhe von 3 100 000 Pfund Sterling in Abzug zu bringen

Die Toten reiten schnell

Zusammenbruch der Zentrale der B. K. P. D.

In ihrer Morgenausgabe vom Donnerstag setzte die „Rote Fahne“ in einem Leitartikel unter der obigen Überschrift auseinander, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei rettungslos dem Verfall anheimgegeben sei. Heute veröffentlicht das gleiche Blatt — nicht wie sonst bei weniger wichtigen Anlässen in fetten Lettern auf der ersten Seite, sondern heimlich, still und leise und ausgesucht winzig, folgende Nachricht:

Der Zentralausschuß der Partei hat vom 22. bis 24. Februar in Berlin getagt. Gegenstand der Beratungen waren: Die Lösung des Bündnisses mit Sowjetrußland, das Verhältnis der kommunistischen Internationale zur B. K. P. D., die Frage der italienischen Parteipaltung, die Organisation des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, die Fälle Thomas und Graf-München.

Die Entscheidung des Zentralausschusses in der Frage der italienischen Parteipaltung glauben fünf Mitglieder der Zentrale wegen der von ihnen angenommenen Rückwirkung auf die zukünftige Entwicklung der deutschen Partei mit einem weiteren Verbleiben in der Leitung der Partei nicht vereinbaren zu können. Es sind mit dieser Begründung aus der bisherigen Zentrale der B. K. P. D. folgende Genossen ausgeschieden: Die beiden Vorsitzenden Däumig und Levi, die Sekretäre Zeilin und Braß, der Beisitzer Adolph Hoffmann. Der Zentralausschuß nahm Erlasswahlen vor. Als Vorsitzende wurden gewählt: die Genossen Brandler und Stöder, als Sekretäre wurden neu gewählt: Böttcher, Ernst Meyer, Wegmann, als Beisitzer Sievers-Berlin.

Ein ausführlicher Bericht folgt.

Die Zentrale der B. K. P. D. hatte zur Parteipaltung in Italien einen Beschluß gefaßt, worin sie die Spaltung bedauert und erklärt, daß sie eine Einigung zwischen der kommunistischen Partei Italiens und dem Teil der abgespalteten Gruppe Serrati für möglich halte, der ernstlich entschlossen ist, eine aktive Kampfgruppe der kommunistischen Internationale zu bilden. Das war ein offener Widerspruch gegen die Haltung des Moskauer Exekutivkomitees, dessen Vorgehen eine Verständigung zwischen Serrati und den extremen Kommunisten in Italien unmöglich und die Spaltung unvermeidlich gemacht hatte.

And. Für den Unterhalt der englischen Besatzungsarmee hat das Kriegsministerium 346 Millionen Mark in geschicktem deutschen Gelde erhalten, womit die laufenden Bedürfnisse des Jahres gedeckt sind.

Auf die Frage eines Abgeordneten, ob die Bonds, die Deutschland den Alliierten bereits übergeben hat, zur Zahlung der auf der Pariser Konferenz festgesetzten Entschädigungssumme verwendet werden sollen, erklärte Chamberlain, daß Deutschland bereits 60 Milliarden Goldmark Bonds übergeben und schriftlich die Verpflichtung übernommen hat, für weitere 40 Milliarden Goldmark Bonds zu übernehmen, falls die Wiederherstellungskommission dies fordern wird. In welcher Weise die Bonds für die Zahlungen nach dem Pariser Abkommen verwendet werden sollen, sei eine der Fragen, welche vom obersten Rat in London zu regeln sein werden.

Blätterstimmen zu Dr. Simons Rede

CC. Paris, 25. Februar.

In der französischen Morgenpresse liegen nur wenig Neuherungen über die gestrige Rede Dr. Simons vor. Das „Journal“ nennt sie idealistisch. Der „Figaro“ führt aus, daß Dr. Simons zwar betont habe, er sei unnahegeblig, daß er sich aber wohl gehütet habe, die Verhandlungsbrücke abzubauen. Er habe vielmehr angekündigt, daß er zu Vereinbarungen mit den Gegnern zu gelangen hoffe. Er mißtraut der äußersten Rechten und beschwört das Volk, ihm bei seinem Widerstand zu helfen, so als ob er sich dieser Hilfe nicht ganz sicher fühle. Er hat auch erkennen lassen, daß die Strafmaßnahmen vollstreckt werden könnten, wenn der deutsche Widerstand sich verlängere. Diese Strafmaßnahmen, erklärt der „Figaro“, seien der schwarze Punkt für Dr. Simons. Er habe einzusehen angefangen, daß die französische öffentliche Meinung es nicht dulden würde, daß Briand aus London Abänderungen in Form einer neuen Abmachung mit nach Hause brächte. Die Rede Dr. Simons laufe darauf hinaus, daß die anderen Völker die Schulden Deutschlands bezahlen sollen. Im „Avenir“ wird erklärt, daß die Deutschen föhlich seien. Sie seien entschlossen, in London neuerdings alles zur Sprache zu bringen, sogar die Abmachungen über die Abrüstung, und sie würden endlich noch beweisen, daß in dieser Angelegenheit die Entente den Vertrag von Versailles verletzt habe. Es sei sehr höflich, daß „ausgezeichnete Freunde Frankreichs“ der finanziellen Lage Frankreichs Rechnung tragen. Dr. Simons verurteilte die Strafmaßnahmen, er fürchte sie aber auch, und das sei wesentlich. Es sei das Recht von Dr. Simons, über die Strafmaßnahmen anderer Rücksicht zu sein, daß Unglück für ihn sei, daß die Alliierten in dieser Sache das letzte Wort zu sprechen haben.

Stinnes und die bayerische „Sturmflagge“

Von H. Freund, Nürnberg

Am 2. Oktober 1920 fand in Essen eine Tagung der Vereinigung von Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks über die künftige Wirtschaftsorganisation Deutschlands statt. Anlaß gab angeblich die auf Grund § 165 der Reichsverfassung vom Reichswirtschaftsministerium herausgegebenen Denkschrift betr. „Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsrate“.

Die Beratung hat eine weit über den engeren Interessenskreis Rheinland-Westfalens hinausgehende Bedeutung gehabt. Schon äußerlich. Denn außer 19 Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks waren noch eine große Anzahl anderer Handelskammern aus allen Teilen Deutschlands, ferner die wichtigsten Schwerindustriellen Konzernvertreter. Die Herren Stinnes, Thyssen, Kirdorf und Cuno waren in höchst eigener Person erschienen. Besonderen Wert hatte man auf eine hinreichende Vertretung der bayerischen Kollegen gelegt. Neben der Handelskammer München und dem bayerischen Industrieverband war das bayerische Land durch offizielle ministerielle Vertreter repräsentiert, während sonst weder Reich noch andere Länder eine offizielle Vertretung bekommen hatten. Der Verhandlungsbericht läßt sehr deutlich den Zweck der Uebung erkennen.

Die Tagung war nämlich eine einzige Kampfansage gegen den Berliner Zentralismus, und dazu hatte man sich die bayerischen Töne bestellt. Die Bayern kamen denn auch besonders häufig zu Wort und stießen unter Führung des Bajuwaren J. Kahn, Syndikus der Münchener Handelskammer, mächtig in ihr partikularistisches Horn, das diesmal mit wirtschaftlichen Vorbeerbittern umrankt war. Reichlich belohnt und bedankt von den rheinisch-westfälischen Mannern, voran Herr Hugo Stinnes, so daß der bayerische Ministerialdirektor Grafmann in einer Art Schlüsselaussprache feststellen konnte: „Was Herr Hugo Stinnes von uns Bayern gesagt hat, ist ein Zeichen hoher Anerkennung für uns. Ich möchte ihm sagen, daß wir Bayern uns nicht fürchten, die „Sturmflagge“ zu tragen. Aber wir sind nicht stark genug, um uns allein durchzusetzen.“

Merkwürdig! Das schwerindustrielle Zentrum Deutschlands läßt sich die agrarische „Sturmflagge“ Südbayerns ein. Nordbayern war nicht vertreten.

Es es ein Zufall, daß die Frage der Bezirkswirtschaftsräte nach Herausgabe der Denkschrift in Rheinland-Westfalen und in Bayern mit besonderem Eifer diskutiert worden ist, daß zu gleicher Zeit die rheinisch-westfälischen Handelskammern und die Bauernkammern Bayerns sich mit Macht um die Wirtschaftsorganisation der Zukunft bemühen? Wir kommen der Lösung des Rätsels näher, wenn wir uns mit dem Inhalt der Essener Tagung selber befassen. Durch die Tagung ging wie ein roter Faden:

1. Los von Berlin!
2. Trennung der Wirtschaft von der Politik.
3. Dezentralisation und Selbstverwaltung der Wirtschaftsgebiete und dazu noch die fast zur Selbstverständlichkeit gewordene Feststellung, daß man sich mit dem Räteswesen abfinden wolle.

Die schwerindustrielle Reaktion Westdeutschlands und die agrarische Reaktion Südbayerns finden sich gemeinsam mit dem Rätesystem ab! Wenn wir die Vorgänge, die sich heute anlässlich der Pariser Konferenzergüsse abspielen, betrachten, finden wir wieder Berührungspunkte der Stinnesgruppe mit der bayerischen Reaktion. Die bayerische Sturmflagge wird in der ihr eigenen Weise gegen Berlin erhoben und Herr Stinnes möchte an Stelle der Berliner Staatspolitik direkte Wirtschaftspolitik mit den französischen Kapitalisten machen, die ja auch seine Delegation zur Pariser Konferenz gemünzt und erreicht haben. In beiden Fällen: Los von Berlin! Unparteiisch werden aber die Essener Tagung und die ihr folgenden Vorgänge beleuchtet, wenn man die immer wiederkehrende Gegenüberstellung des politischen Vantrotts Deutschlands und der Festigkeit der deutschen Wirtschaft beobachtet. Die ganze Tagung war getragen von diesem Gegensatz, und immer wieder lehrte das Wort von der wirtschaftlichen Selbstverwaltung im Gegensatz zur Zentralverwaltung. Der eine Referent der Tagung, Dr. Quack, Reichstagsabgeordneter und Herausgeber der „Wirtschaftl. Nachrichten aus dem Ruhrbezirk“, dem amtlichen Blatt der Handelskammer Bochum, Essen usw., bekennt sich in seinem Referat zum wirtschaftlichen Partikularismus und Föderalismus, ganz im Sinne der Wirtschaftsprovinzen, läßt aber in einem dem Bericht nachfolgenden Artikel die Kauf ganz aus dem Saß. Er erhofft nämlich aus der wirtschaftlichen Dezentralisation die beste Gegenwirkung gegen sozialistische „Experimente“ in Berlin. (Im Gegensatz dazu hat die Vereinigung Südwestdeutscher Handelskammern am 11. Februar 1921 die Bildung von Wirtschaftsprovinzen in der Gestalt sich abschließender, eine einheitliche Wirtschaftspolitik des Reiches verbindender Gebilde, abgelehnt.)

Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie hat andere Wichtigen. In der Tat geht die starke Propaganda der Wirt-

Der Zentralausschuß der B. K. P. D. hat diese Haltung der Zentrale mißbilligt und darüber sind nun die bisherigen Führer der B. K. P. D. gekolpert. Sie mühten der zweiten Garnitur weichen, vertreten durch Stoeder, der sich also bereits in einem Gegensatz zu seinem Freund Däumig befindet, durch Brandler, Wegmann, Sievers, Böttcher und einigen anderen Kanonen gleichen Kalibers. Die Folge davon dürfte auch ein Wechsel in der Redaktion der „Roten Fahne“ sein, denn die bisherige Redaktion hielt in der strittigen Frage zur Richtung Levi.

Die B. K. P. D. spürt also jetzt schon die Folgen der diktatorischen Politik des Exekutivkomitees in Moskau am eigenen Leibe. Während man zur Zeit des Streites über den Anschluß an Moskau innerhalb unserer Partei die straffe militärische Disziplin, die unweigerliche Befolgung der Moskauer Anweisungen noch mit stärksten Worten als höchsten Triumph internationaler proletarischer Politik dargestellt hat, hat das Fallbeil dieser Moskauer Diktatur der B. K. P. D. jetzt bereits den Kopf abgehauen. Die Folge davon muß eine Zerrüttung des Kumpfes der Partei sein.

Die Moskauer Methoden zerstören nicht nur die Arbeiterbewegung Europas durch eine eifrige Pflege ihrer Spaltkultur, sondern sie werfen den Keim des Zwiespalts in die eigenen Reihen. Nicht nur die Zerrüttung der Arbeiterbewegung als Ganzes ist die Frucht der Wirksamkeit Sinowjews, sondern die Verwirrung wird progressiv gesteigert durch die Zerstörung der kommunistischen Bewegung selbst. Größerer Wahnsinn ist nicht denkbar. Viele Leute aber, die in ihrem eigenen Hause nicht ein und nicht aus wissen, machen sich an, Führer des revolutionären Proletariats Europas zu sein, und sie wagen es, einer anderen Partei, die gegenüber den Moskauer Gewaltmitteln an ihren sozialistischen Grundfragen festgehalten hat, den Verfall zu prophezeien, weil sie einen ungünstigen Wahlausgang erlebt hat.

In der Tat: die Toten reiten schnell! Die B. K. P. D. nähert sich dem Abgrund mit rasender Geschwindigkeit, und ihr Absturz wird um so sicherer, je weniger sie den Abgrund sieht.

Ostpreussischer Provinziallandtag. Das Gesamtergebnis der Wahlen zum ostpreussischen Provinziallandtag weist an Mandatanten auf: Deutschnationale 28 (34), Deutsche Volkspartei 13 (8), Demokraten 6 (9), Zentrum 8 (6), Sozialdemokraten 20 (19), Unabhängige 6 (2), Kommunisten 6 (0), Polen 1 (1), Wirtschaftspartei 1 (0), Landespartei 1 (0). Es stehen also 50 bürgerlichen Mandatanten 25 sozialistische gegenüber.

Schaftsprovinzen, diese außerordentliche Betonung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit einzelner, nicht nur wirtschaftlich, sondern in irgendeiner Form als gegen Berlin gerichteter Territorien auf nichts anderes hinaus, als auf eine tatsächliche Festlegung und Versicherung gegen eine allseitig mal kommende sozialistische Zentralgewalt. Darum die starke Trennung zwischen Wirtschaft und Politik, darum das Zusammengehen des Wirtschaftsgebietes Rheinland-Westfalen mit Bayern, das gar kein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellt.

In Bayern wird die Bewegung getragen von der bayerischen Volkspartei und insbesondere den Bauernlammern. Vor wenigen Wochen hat die bayerische Volkspartei im Landtag einen Antrag auf Einsetzung eines vorläufigen bayerischen Landeswirtschaftsrats eingebracht, der dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat entsprechen soll, der aber auf nichts anderes hinauswill als auf einen weiteren Versuch, die föderalistische Selbstständigkeit Bayerns resp. den machtpolitischen Einschlag der bayerischen Volkspartei zu sichern. Also: Separatistische Wirtschaftspolitik für den Fall, daß die Staatspolitik des Herrn v. Kaahr das Ziel nicht erreicht. Der vorläufige Landeswirtschaftsrat soll eine Vorausfestlegung für den endgültigen Bezirkswirtschaftsrat Bayern bilden, obwohl gerade vom Standpunkt des rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgeographen die Wirtschaftsgebiete Nordbayern und Rheinpfalz mit dem agrarischen Wirtschaftsgebiet Südbayern verflochten wenig zu tun haben, wie überhaupt Bayern von kaum einem anderen Lande an willfährlicher dynastischer Zusammenstellung übertrifft werden kann.

Der ganze föderalistische und, wenn man die Stinnes-Heimsche Außenpolitik betrachtet, partikularistische Fehlschlag ist viel weniger wirtschaftlicher als politischer Natur, er schließt wirtschaftliche Interessen vor und leitet in Wirklichkeit nichts ein als eine Rückversicherung gegen eine zukünftige sozialistische Politik in Deutschland.

Die Arbeiterfrage hat allen Anlaß, bei der Behandlung der Wirtschaftsprovinzen und der Bildung der Bezirkswirtschaftsräte mit der größten Vorsicht vorzugehen.

Von besonderem Interesse aber ist im Augenblick der bayerischen Krise die Frage, inwieweit die bayerische Politik die Politik des Herrn Stinnes ist... von wegen der „Sturmschne“.

Die neue Putschgefahr

Die „Deutsche Zeitung“, das Blatt des Herrn Max Waurenbrecher, entrüstet sich über die Nachricht, die gestern die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ brachte. Sie spricht von dunklen Andeutungen und behauptet, es sei ein „dreister und zugleich plumper Schwindel“, gegenwärtig von der Gefahr eines Rechtsputsches zu schreiben. Sowohl die „Deutsche Zeitung“ als auch ihre Gesinnungsgenossen im ganzen Lande hätten keine Blasse Ahnung davon, daß ein „kleiner Kreis politisch kurzschichtiger Phantasten“ ein neues Abenteuer plane. Auch der preußischen Staatsregierung sei nichts Besseres bekannt.

Die „Deutsche Zeitung“ versteht es gut, den Reigen zu spielen. Sie hat auch am Tage vor dem Kapp-Putsch mit dreifacher Stirn die Tatsache abzustreifen versucht, daß Ehrhardt einen Putsch auf Berlin plante, obwohl ihr Mitarbeiter und jetziger Redakteur, Herr Berner v. Heimburg, in alle Einzelheiten dieses Putschs eingeweiht war. Die „Deutsche Zeitung“ weiß natürlich auch über die jetzigen Umtriebe der Rechtsputschisten sehr gut Bescheid. Aber sie mimt den Biedermann, weil es ihr daran liegt, das Herannahen des Ereignisses möglichst lange zu verschleiern.

Es wird nunmehr Aufgabe der Reichsregierung sein, ihr Tatsachenmaterial so schnell wie möglich bekannt zu geben. Soviel wir wissen, ist der Reichsregierung schon seit längerer Zeit eine genauere Nachricht über den geplanten Putsch zugegangen. Geheimnistuerei ist da nicht mehr am Platze!

Waffenlager in Pforzheim. Wir berichteten vor einigen Wochen über einen großen Waffenfund in Pforzheim. Hierzu teilt uns jetzt der Besitzer des Hauses mit, daß in einem Geschäftsräum

lediglich eine Kiste zur Auflösung durch den Waffenmeister der hiesigen Einwohnerwehr bereitstand, welche enthielt: 10 Karabiner, 11 Handgranaten ohne Zünder und 600 Gewehrpatronen. Der Waffenmeister der Einwohnerwehr habe diese bereitstehende, zugewagte Kiste nicht abgeholt, weil ihm von der Regierung der badischen Republik der Lohn für sich und seine Gehilfen in Höhe von über 900 M. nicht ausbezahlt worden sei. Das ändert für uns nichts an der Tatsache, daß Waffen in Pforzheim gefunden worden sind. Wenn nicht der Besitzer des Hauses schuldig ist, dann eben der Waffenmeister, der die Kiste unterstellte. Ratt sie abzuliefern, wie es das Entwaffnungsgesetz vorschreibt.

Die Konferenz in Wien

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Wien, 25. Februar 1920.

Am Donnerstag vormittag fanden Kommissionsitzungen statt. Am Nachmittag wurde die Debatte über das Referat Adler fortgesetzt. Schreider, russischer Sozialrevolutionär, plädiert für das Rätesystem in der Form der sozialen Revolution. Terrorismus braucht damit nicht notwendig verbunden zu sein. Gegenwärtig bestehe in Rußland das Rätesystem nicht, das durch die Sowjetregierung diskreditiert wurde. Doch diese Idee wird schließlich liegen. Die verhängnisvolle Arbeit Moskaus, ebenso die reformistische Politik der ersten Internationale verurteilen wir, weil sie das Proletariat gespalten und ohnmächtig gemacht hat. Unsere Aufgabe ist jetzt, die Stellung der Räte zu festigen, und wir erwarten hierfür die praktischen Parolen für die internationale Arbeit, die in dieser Richtung zu leisten sein wird. Wir müssen suchen, die Arbeiter aller Länder in den gemeinsamen praktischen Kampf zu führen.

Topalowski, Jugoslawien, polemisiert gegen Schreider und bezeichnet dessen Ausführungen als Ablasch sozialer Wunderkuren. Wir als Schüler von Marx lehnen die Mittelwege aus den unentwickelten Balkanländern ab. Das Proletariat führt einen schweren Kampf. Die Kampfmethoden dürfen nicht eskalieren, sie bilden vielmehr das Ergebnis der besonderen Situationen. Die Hauptaufgabe ist die Schaffung einer internationalen marxistischen Grundlage, die Vereinigung der revolutionären Kräfte sowohl aus dem vorgeschrittenen wie aus den rückständigen Ländern.

Shinwell, Großbritannien: Die Konferenz hat die große Aufgabe, die Zerrüttung der Arbeiterbewegung endlich zu überwinden. Die Weltbewegung des Proletariats ist durch hadernde Seiten gespalten, wodurch der Kapitalismus gefestigt wurde. Die zweite Internationale hat sich als unfähig zur Durchführung der Aktionen des Proletariats erwiesen. Sie mußte scheitern an ihrer sozialen Kurzsichtigkeit. Ueber Rußland will der Redner kein Urteil fällen, solange der Imperialismus dem russischen Volk keine Ruhe läßt. Hier muß die Parole lauten: „Hände weg von Rußland“. (Lebhafte Beifall.) Wir sind bereit, uns den Prinzipien der internationalen Arbeitergemeinschaft zu unterwerfen, aber über die Kampfmethoden müssen wir auf Grund unserer eigenen Verhältnisse selbst entscheiden. Ueber das Rätesystem und die Diktatur des Proletariats ist aus Rußland keine zureichende Erkenntnis möglich, da sie dort unvollkommen oder gar nicht durchgeführt sind. Innerhalb der Internationale muß die Selbstbestimmung bewahrt bleiben auf der Basis gemeinsamer Prinzipien. Wir wollen Hand in Hand marschieren. Die Arbeiterklasse unseres Landes will Hand in Hand marschieren mit dem Proletariat der ganzen Welt. Nicht das Programm ist die Hauptsache, sondern der Geist, mit dem die Situation erfaßt wird.

Kunfi, Ungarn: Die Ablehnung der russischen Methoden ist nicht die Ablehnung der Ziele der sozialen Revolution. Das Gegenteil ist richtig. Die menschliche Nachahmung bolschewistischer Methoden hat nur die Weltreaktion gefördert, wofür Ungarn den besten Beweis bildet. Der Wille zur Revolution allein ist ungenügend, wenn die Organisationsform zur Durchführung der Revolution nicht vorhanden ist. Mit dem Wollen allein kann der Sieg nicht erreicht werden, wenn die objektiven Bedingungen nicht vorhanden sind. Wir ungarischen Revolutionäre haben schwere Fehler begangen, und insbesondere die ungarischen Kommunisten haben eine große Schuld übernommen. Das muß offen allen gesagt werden. Eine zweite Lehre der ungarischen Revolution ist, daß geänderte Formen der Arbeiterbewegung andere Methoden des Klassenkampfes notwendig machen. Hier die rechten Wege zu finden, muß die Aufgabe der Konferenz sein.

Gauze, Frankreich: Wir Franzosen verlassen die zweite Internationale, als die Hoffnung schwand, sie wieder gesund zu machen. Unsere Hoffnungen auf die dritte Internationale sind getäuscht worden. Die Internationale ist nur aktionsfähig durch die Einigung des Proletariats. Wir konnten nicht auf das Geheiß Moskaus die Gewerkschaften spalten. Die russische Generalstreikmethode hat unsere Gewerkschaftsbewegung gewaltig geschwächt. Die Lösung der Probleme, wie den Kampf gegen die Verträge von Versailles und St. Germain, ist durch Resolutionen nicht möglich. Nur durch die Einigung des Proletariats kann diese Aufgabe durchgeführt werden.

Abrahamowitsch, Rußland: Wir machen jetzt in der sozialen Revolution die Phase durch, bei der der erste Ansturm des Proletariats abgeklungen ist. Das muß ausgesprochen werden. Aber die Kämpfe gehen weiter bis zum endgültigen Siege. Notwendig ist die tiefere Erkenntnis ökonomischer und sozialer Probleme. Die Antitese „Demokratie oder Rätesystem“ verleiht den Kernpunkt. Wenn im Proletariat der einheitliche Wille zur Macht vorhanden ist, und die Verhältnisse günstig sind, dann wird die Macht erobert werden, unabhängig von der Form der Organisation. Die Aufgabe der internationalen Arbeitergemeinschaft muß die Schaffung eines aktionsfähigen Körpers zur Führung einheitlicher internationaler Aktionen unter Heranziehung aller proletarischen Parteien sein. Und schließlich die Schaffung einer internationalen der Kraft zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Stimm, Schweiz: Nicht nur Geduld ist nötig, wie Adler sagte, sondern auch das Vertrauen der Arbeiter zum Aufbau der Internationale. Dies Vertrauen können wir aber nur erwerben durch entschiedenen Kampf gegen die Bourgeoisie und durch die Entwicklung der Internationale. Wir freuen uns über die Kritik an der Demokratie. In unserem Lande sind die Diskussionen über die Bedeutung der Demokratie durch die Tatsachen zerstört worden. Darauf erfolgt die Vertagung der Debatte. Es wird eine zehngliedrige Kommission gebildet, die die Stellungnahme der Konferenz zum Ueberfall auf Georgien präzisieren soll.

Lohnabbau im Saargebiet

Zu den wiederholt eingelagerten Feierlichkeiten im Saarbergbau soll nunmehr der Lohnabbau treten. Die französische Bergwerksdirektion hat den Organisationen der Bergarbeiter mitgeteilt, daß nur durch Abbau der Löhne vom 15. März ab die Gestehungskosten teilweise verringert werden könnten. Die Direktion hoffe, mit einem um 15 bis 20 Franken je Tonne verbilligten Kohlepreis die alten Abgabengebiete zu halten und neue zu gewinnen. Der Abbau der Löhne um 4 Franken für die Schicht sei das mindeste, was die Arbeiterschaft tragen müsse. Die gesamte Saarindustrie würde andernfalls unterliegen und Not und Elend über unzählige Arbeiterfamilien kommen. Die Organisationen der Bergarbeiter erlassen einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem sie erklären, daß jetzt die Stunde der Schwere sein und die Löhne für das Saargebiet gesenkt werden. Die Arbeiterschaft müsse gerüstet sein, aber die Ruhe und die gewerkschaftliche Disziplin aufs äußerste bewahren, um über die Krise hinwegzukommen.

Frankreichs Militarismus

Paris, 25. Februar.

Die Kammer ist gestern abend in die Beratung des Heeresbudgets eingetreten. Der ehemalige Kriegsminister Andre Lefevre hatte gewisse Anmerkungen an diesem Budget gemacht, vor allem Dingen hinsichtlich der Berufssoldaten. Eine Verlängerung der Dienstzeit sei nur möglich, wenn das Kolonialheer auf 300 000 Mann gebracht werde. Kriegsminister Barthou erklärte wiederholt, daß er die gleichen Bedingungen an die Herabsetzung der Dienstzeit stelle, daß die Zahl der Kapitullierenden auf 80 000 und die der Kolonialtruppen auf 300 000 erhöht werde. Wenn Frankreich auf eine Weigerung stöße, die die Ausführung des Friedensvertrages in Versailles in Frage stelle, dann müsse es nicht nur reden, sondern auch handeln können.

Der Ueberfall auf Georgien. Nach einem Funkpruch aus Tiflis dauert der Kampf zwischen der Roten Armee und den Truppen von Georgien in der Gegend von Borichalo an. Die Georgier hätten zweitausend Gefangene gemacht.

Die beiden Nachbarinnen

Von Charles-Louis Philippe

Von den Dichtern des modernen Frankreich ist der sehr verdienstvolle Philippe einer der schicklichsten. Aus einer mittelständigen Schicht stammend, lernte Philippe in Paris das Elend der Massen und entwürfen und proletarisierten Kleinbürger kennen. Sein Herz und seine Kunst machten ihn zu einem der schönsten sozialistischen Dichter, der nicht anklagt, sondern nur schilt und dadurch erheitert. Sein Hauptwerk ist der herrliche Roman „Midi“, der einzeln im Kurt Wolff-Verlag, München, und in der schändlichen Gesamtausgabe des Dichters im Jodel-Verlag, Leipzig, erschienen ist. Die folgende kleine Skizze charakterisiert Ch. v. Philippe als humorvollen Schilderer der französischen Kleinwelt.

„Aber nun kommen Sie doch zum Kaffeetrinken, Frau Malscult!“ So fing der Tag an.

Während der einen Woche machte Mutter Chotard den Kaffee, in der folgenden hatte Mutter Malscult das zu besorgen. Auf die Weise brauchten sie doch morgens nicht beide Feuer anzumachen.

Der Kaffee stand schon auf dem Tisch, wenn die Eingeladene bei der Nachbarin ankam. Sicher hätte Mutter Chotard für beide guten Kaffee gekocht, aber Mutter Malscult hatte die Geschäfte angefangen. Diese alte boshafte Person hatte sich nämlich den folgenden Trick ausgedacht: Anstatt den Inhalt der beiden Tassen sich mischen zu lassen, goss sie schnell den Kaffee ein, der zuerst durch das Sieb gelaufen war. Dann erst rief sie ihre Nachbarin, und diese mußte dann einen farblosen Aufguss trinken, der aus dem schon ganz kraft- und schmacklos gewordenen Saft zubereitet war. Schließlich hatte Mutter Chotard dies Verfahren der anderen nachgeahmt.

Doch etwas anderes war ebenso unangenehm, wie schlechten Kaffee zu trinken. Um nicht zu zeigen, daß sie sich ärgerete, sah sich die Nachbarin gezwungen, der Nachbarin noch Komplimente zu machen.

„Ach, Sie finden ihn vielleicht gar nicht mal gut?“

„Oh, der Kaffee, den Sie machen, schmeckt immer ausgezeichnet!“

Wer nun gerade diese letzten Worte gesagt hatte, mußte dann heimlich denken: Du wirst ja schon sehen, wie, was für einen Kaffee du nächste Woche vorgelegt bekommst!

Sie waren durchaus aufeinander angewiesen, denn ihre beiden Häuser lagen ganz vereint außerhalb der Stadt. Feuer hätte auszubrechen, Diebe hätten kommen können, wenn beide gleichzeitig fortgegangen wären.

Um 9 Uhr, wenn Mutter Malscult sich auf den Weg machte, um ihre Aufwartungsstelle zu besorgen, sagte sie:

„Jean Chotard, Sie sind wohl so gut, von Zeit zu Zeit mal bei mir nach dem Rechten zu sehen.“

Mutter Chotard benutzte die Abwesenheit der anderen dazu, um sich wegen all des Unbehagens, das diese Nachbarschaft ihr bereitet, zu rächen. Sie legte all ihren Kummer auf die Tür der Mutter Malscult. Viel Verdruß machte ihr jedoch der folgende Umstand: Mutter Malscult war unauber, und daher war ihr das ziemlich gleichgültig.

Diese tat übrigens so, als ob sie gar nichts merkte, weil sie mußte, daß sie sich nachmittags schadlos halten konnte. Denn dann war die alte Chotard regelmäßig bei ihrer verheirateten Tochter, die einen Bauernhof weit draußen im Lande bewohnte. Beim Weggehen sagte sie:

„Frau Malscult, Sie achten wohl, bitte, ein bißchen darauf, daß mir die Hühner nicht in den Garten kommen.“

Mutter Malscult hatte niemals Bermannt annehmen wollen. Sicherlich wäre es doch das Beste gewesen, die Hühner erst mal in den Garten hineinlaufen zu lassen, damit sie dort in dem Gemüße herumspazieren und es verderben konnten. Doch um so zu handeln, besaß sie nie die Geduld. Sie wartete erst gar nicht, sondern langte, sobald sie die Tiere sah, nach einem Stock und prügelte gehörig auf sie los.

Der Tag kam, an dem Mutter Malscult sich darüber freuen sollte, so gegen ihre Nachbarin gehandelt zu haben. Wurde denn nicht Mutter Chotard tatsächlich sechzig Jahre alt? Ihre Tochter und ihr Schwiegersohn leisteten sich eine Idee in den Kopf, wie man sie wohl nur in einem Bauernhof findet. Sie bildeten sich nämlich ein, daß eine Frau, wenn sie ein gewisses Alter erreicht habe, plötzlich schwer erkranken könne. Da ist es denn schon besser, daß sie zu den Kindern zieht; die haben dann nicht so viel Umstände, wenn sie ihrer Pflege bedarf.

Mutter Chotard, diese alte niederträchtige Person, nahm wahrhaftig das Anerbieten ihrer Kinder an. Mutter Malscult hatte gut reden:

„Na, und ich! Bin ich denn nicht auch noch da?“ Die andere erwiderte gelassenen Tones:

„Und wenn Mon! Bei meinen Kindern ist man doch immer am besten aufgehoben!“

Ende Mai zog sie um. Ihre Möbel waren alt, sie stammten noch aus Vater Chotards Zeiten. Mutter Malscult erlebte noch zuletzt einen Augenblick freudiger Erregung. Sie überwarf das Fortschaffen der Möbel habentzugen Auges, immer hoffend, daß sie in den Armen derer, die sie hinaustrugen, zusammendringen würden. Aber das Glück, einem solchen Schauspiel beizuwohnen zu dürfen, ward ihr nicht zuteil. Und als alles weggeholt war, mußte sie sich zu ihrem Verdruß gestehen, daß sie sich zeitweilig wie ein Einsatzeisen benommen hatte. Diese alte Chotard hatte doch sicher irgendwo Geld versteckt gehabt. Wie hatte sie nur

daran nicht denken können? Noch vor acht Tagen wäre es Zeit gewesen, sich mit einem Diebe in Verbindung zu setzen!

Doch es kam noch schlimmer: in dem Augenblick, da die beiden sich trennten, bezeugte Mutter Chotard den Wunsch, Mutter Malscult zu küßen. Diese küßte der Nachbarin Wangen nicht an ihrem Munde. Aber sie durste nicht hineinbeißen, sie mußte sie wieder küßen.

Eine Woche lang haben sie sich nicht. Was geschah in dieser Zeit? Gar nichts! Mutter Malscult hatte mit der Besorgung des Haushalts bei dem Steuereinnahmer, dann auch mit ihrer eigenen Wirtschaft viel Arbeit; sie mußte sich ihr Mittagessen kochen, und nachmittags gab es allehand zu Waschen und zu waschen und Strümpfe zu stricken. Mutter Chotard fand bei ihren Kindern noch mehr Arbeit vor, als sie früher in ihrem eigenen Heim gehabt hatte.

Es mußte der erste Sonntag im Juni herannahen, damit ein Ereignis stattfinden konnte, das zunächst ganz außergewöhnlich schien. Mutter Malscult sagte gerade ihre Stube, als sich die Tür weit öffnete. Und wer trat ein? Mutter Chotard.

Sie hatten sich stets mit „Frau“ und dem Familiennamen an-geredet. Hätte man vor acht Tagen eine der beiden nach dem Vornamen der anderen gefragt, so wäre sie außerstande gewesen, ihn zu nennen. Doch in demselben Augenblick, da ihre Blide sich jetzt kreuzten, erinnerte sich Mutter Malscult, daß Mutter Chotard Katharine hieß, und ebenso fiel es Mutter Chotard ein, daß sich Mutter Malscult Magdalene nannte.

Wie Katharine Chotard am Samstag abend so allein im Hause ihres Schwiegersohnes herumgelaufen und an Gott weilt was gedacht hatte, war es ihr plötzlich eingefallen, daß der folgende Tag ein Sonntag sei und daß sie dann gut mal zur Stadt gehen und die Messe hören könne. Ihr Weg würde sie dann ja auch an dem Hause Magdalene Malscult vorbeiführen. Und sie versicherte: „Ich habe gewiß Gott von Herzen lieb, meine gute Magdalene. Doch ich glaube, als ich daran dachte, Sie auf diese Weise mal wieder sehen zu können, war es mir darum noch mehr zu tun, als um das Veten.“

Diese Worte machten die andere nicht wenig glückselig. Acht Tage lang hatten sie sich nicht zu sehen bekommen. Der liebe Gott mußte jetzt darunter leiden. Als es zum zweiten Male zur Messe lautete, sagte sich Katharine Chotard zunächst, daß es nicht jeglicher nach dem Luten beginne. Und als der Augenblick herankam, da der Gottesdienst angefangen haben mußte, gab sie dem Zuge ihres Herzens nach:

„Was kann's helfen! Ich küß! es wohl, daß Sie jetzt nicht schon wieder verlassen kann.“

Mutter Malscults Freude zeigte sich in dem Ausruf: „Dann will ich Ihnen doch gleich mal Kaffee kochen! Das wird uns die schönen Tage von einst wieder ins Gedächtnis zurückrufen!“

Die Regierungsbildung

Die Phantasien über das Thema: Regierungsbildung in Preußen werden einstweilen fortgesetzt. Im Zentralorgan der Deutschen Volkspartei, in der „Täglichen Rundschau“, tritt der Reichstagsabgeordnete Dr. Marecki für eine Teilnahme der Deutschen Volkspartei an der Regierung in Preußen ein, aber er wendet sich dagegen, daß seiner Partei das Opfer auferlegt wird, ohne die Deutschnationalen und mit den Sozialdemokraten eine Regierung zu bilden. Seit den Reichstagswahlen sei im Reich ohne die Sozialdemokratie regiert worden und es sei eine „bewußte Verleugnung der Wahrheit, wenn linksstehende Zeitungen behaupten, daß in dieser Zeit die Reichsregierung von der außerhalb des Kabinetts gebliebenen Sozialdemokratie abhängig gewesen sei.“

Kun wird das zwar nicht nur von linksstehenden Zeitungen behauptet, sondern gleichzeitig von der Zentrums- und Presse, also von Organen eines Teiles der Regierungskoalition im Reich. Die müssen es doch wissen. Marecki aber gibt eine treffliche Kennzeichnung dieser Reichspolitik, um zu beweisen, was alles ohne die Sozialdemokratie im Reich durchgeführt werden konnte. Der Mann schreibt:

Die wichtigsten Gesetze und Wirtschaftsmassnahmen sind mit den Stimmen der Deutschnationalen, die ausreichen, um der Reichsregierung die Mehrheit zu sichern, zustande gekommen. Ich erinnere an die Politik der Reichsregierung beim Abbau der Zwangswirtschaft, an das Eintreten des Reichskabinetts für den Bekand der Einwohnervormehrungen, an die Maßnahmen des Reiches zur Bekämpfung der von der Sozialdemokratie im Bund mit den Kommunisten betriebenen Eisenbahnerbewegung anlässlich der verbotenen Munitionskontrollen, alles Beweise dafür, daß die Reichsregierung in wichtigen Fragen der Staats- und Wirtschaftspolitik im Bund mit den Deutschnationalen und ihrer Gegnerin zur Sozialdemokratie gestanden hat, ohne daß die von den besorgten Gemütern befürchteten Gefahren eingetreten wären.

Das ist alles richtig. Es kennzeichnet das reaktionäre Wesen der Reichspolitik, aber es ist auch bezeichnend für die Haltung der Sozialdemokraten, denn alles das war wirklich nur möglich im Schatten der wohlwollenden Duldung, die von der rechtssozialistischen Reichstagsfraktion gegenüber der Regierung geübt wird.

Marecki erstrebt für Preußen die gleiche Politik, wie sie im Reich betrieben wird und darum spricht er die Befürchtung aus, eine solche Regierung würde durch das Hinzuwachen der Sozialdemokraten in ihrer Festigkeit und Arbeitsfähigkeit gestört werden. Jetzt dagegen sei sie wohl fundiert. Allerdings — und zwar dank der neutralen Haltung der rechtssozialistischen, mit der die Deutsche Volkspartei im gleichen Falle anscheinend auch in Preußen rechnet. Darum müsse man bemüht sein, in Preußen die gleiche Koalition wie im Reich zustande zu bringen, die Sozialdemokraten also von der Teilnahme an der Regierung auszuschließen. Zu einem Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten könne sich die Deutsche Volkspartei nur unter gewissen Bedingungen bereit erklären. Darüber schreibt Marecki:

Eine dieser unerlässlichen Sicherungen wäre, daß abgesehen von der Ministerpräsidentenschaft, die Ministerien des Kultus, der Landwirtschaft und des Innern von den Sozialdemokraten freigegeben und durch ausreichend vorgebildete Fachmänner besetzt würden.

Sollte diese Bedingung nicht erfüllt werden, so müßten Zentrum und Demokraten sich entschließen, nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich allein zusammen mit der Sozialdemokratie die Regierung zu übernehmen.

Die Situation ist also folgende: Das Zentrum wird mit heißer Liebe um den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung in Preußen und die Deutsche Volkspartei droht dafür mit dem Austritt aus der Reichsregierung und der Bildung einer Koalition mit den Sozialdemokraten bei der Regierungsbildung in Preußen und bei einer Umbildung der Reichsregierung ein namhafter Einfluß innerhalb der Kabinette eingeräumt werden sollte.

Was die Sozialdemokraten dazu zu sagen haben werden, bleibt abzuwarten. Die „Sozialistische Korrespondenz“ erklärt zunächst, die Entscheidung sei noch nicht gefallen, aber ein für alle mal könne man sagen, daß die Sozialdemokratie

ein gemeinsames Regieren mit der Deutschen Volkspartei ablehnt. Provingblätter, die eine gegenseitige Auffassung vertreten, stehen damit allein. Der rechtssozialistische Parteiführer kommt es nicht auf die Höhe in der Regierung, „sondern auf das Maß ihres Einflusses an“. Die Korrespondenz fährt fort:

Die Sozialdemokratie im Reich wird gegenwärtig nicht in die Reichsregierung eintreten. (Für uns läme, nebenbei bemerkt, ein Eintritt der Sozialdemokratie in ein Ministerium Hermes- u. Raumer-Roch usw. niemals in Frage.) Eine Homogenität der preußischen Regierung ist deshalb durch keine Parteikonstellation zu erreichen. Die bisherigen Koalitionsparteien in Preußen hatten vereinbart, den Wahlkampf gemeinsam als Koalition mit dem Ziele eines Sieges dieser Koalition zu führen und zu diesem Zweck gegenseitige Anerkenntnisse soweit wie möglich zu vermeiden. Dieses Programm ist innewgehalten worden, und die Koalition hat gesiegt. Wir glauben danach, daß die Koalition der drei bisherigen Regierungsparteien in Preußen auch für die Zukunft selbstverständlich ist, und so weit wir haben feststellen können, sind weite Kreise der Demokraten und des Zentrums in Preußen der gleichen Ansicht.

Dieses Verständnis zeigt zugleich, daß die preußischen Regierungsparteien sich schon vor der Wahl auf eine Fortsetzung der Koalition eingestellt haben. Sie haben ein verschwiegenes Wahlbündnis geschlossen, was der rechtssozialistischen Partei während des Wahlkampfes gegenüber den bürgerlichen Klassegegnern des Proletariats die Hände gebunden hat. Auch das mag zur Kennzeichnung rechtssozialistischer Politik dienen.

Im übrigen werden wir getrost den Ausgang der Dinge abwarten. Das Zentrum setzt das gute Zureden an die Streikermannpartei einzuweisen fort.

Noske in Krähwinkel

Einst war es die schwärzeste Reaktion, die sich gegen die Bildung von sogenannten Wasserlöchern durch die Zusammenlegung großer, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildender Stadt- und Ortsgemeinden wandte. Daher konnte die Stadtgemeinde Groß-Berlin erst nach dem Zusammenbruch der reaktionären Herrschaft zustande kommen. Die Revolution hat also, wie man sieht, auch einige Wandlungen gebracht. Zu ihnen gehört auch die Tatsache, daß heute nicht nur die reaktionären Agrarier und ihre politischen Vertreter, sondern auch „Sozialdemokraten“ sich gegen die Bildung großer einheitlicher Stadtgemeinden wenden, die aus wirtschaftlichen Gründen eine Notwendigkeit geworden sind.

Noske ist Oberpräsident in Hannover. Er hat in Harburg eine Rede gehalten, worin er ganz die Reichspolitik der alten Reaktion zur Richtschnur für sein Handeln erhebt. Ueber diese Rede wird berichtet:

Wenn er zunächst der Schaffung eines Groß-Hamburger Bezirks sympathisch gegenübergestanden habe, so sei er davon zurückgekommen. Die Schaffung neuer wirtschaftspolitischer Zweckstaaten, wie Groß-Hamburg, halte er für einen Rückschritt, zumal, wenn es sich darum handele, Gebiete von der Provinz Hannover abzulösen und sie mit Bremen oder Hamburg zu vereinigen. Einem solchen Vorschlage würde er entschieden entgegengetreten. Stets werde er den Forderungen Harburgs Rechnung tragen, und er könne schon jetzt bestimmt in Aussicht stellen, daß Harburg zwei bis drei Hunderttausend Polizeimannschaften erhalten würde zum Schutz der geregelten Arbeit.

An Noske ist in der Tat ein neuer Wilhelm verloren gegangen. Wenn der Hohenzoller in irgendeinem Reize zum festlichen Empfang erschien, dann betonte auch er stets, daß er den partikularen Ansprüchen dieses Restes Rechnung tragen werde, und dieses Wort wurde meist gehalten, selbst wenn zwingende wirtschaftliche Notwendigkeiten eine andere Politik zum dringenden Erfordernis gemacht hätten. Und außerdem pflegte Wilhelm, wenn er bei guter Laune war, den einzelnen Ortschaften Garnisonen zu versprechen. Jedermann erinnert sich der Tanzkutschen. Auch darin ist Noske ein trefflicher Nachahmer. Auch er verspricht den Harburgern eine Garnison von zwei bis drei Hunderttausend Sipo, allerdings nicht zum Zwecke der Erhöhung des Glanzes der Tanzbelustigungen der Bevölkerung, sondern „zum Schutz der geregelten Arbeit“. Auch das ist ein Fortschritt, vertreten durch einen Rechtssozialisten. — Müßen wir einen Kommentar schreiben?

philosoph, der Kriegsdichter, der Kriegssozialist (alle von Helfferich bis Noske unerschwer wiederzuerkennen) jeder lag sein gemeines und bluttriefendes Sprüchlein auf und wenn die kriegsbegeisterte, schlachtengleiche Menge, zu Mut und Begeisterung (z. B. nach dem Regiments) angehetzt, in Bewegung und in Bewegung getrieben, spricht der Hismoprateur, der für einen Kriegspopandistim Volkeshelden turbt, sein: „Bitte, noch ein wenig mehr Begeisterung!“ Eine Hölle von Stumpfsinn, Mutgier und Dummheit, eine Orgie menschlicher Gemeinheit — und dann auf einmal über alle: Lieblichste Gestalt und Stimme: „Nieder der Krieg!“

Weder ist der positive Teil (Lieblichste Erbsenerhebung) nicht so stark, wie der negative (das vom Kriegsrufen besessene Volk). Aber dies isternstliche und innerlichste Deutschland des Krieges, das wie eine große von Feindweiben umstellte Kastern war, das ist mit einer solchen Kraft des Hasses geschüttelt, daß diese ganze irdnische Zeit wie ein böser Traum lebendig wird. Lebendig werden vor allem die „geistigen“ Heilmittler, Professoren, Philosophen, Pfaffen, Literaten. Ihren verfluchten Fransen legt dies „Vorpiel“ ein haherfülltes oder verdientes Denkmahl.

Kann eine einzelne Stimme solch unruhige und bewegte Massen-gehen bewältigen und deutlich werden lassen? Alfred Döblers Benerle bringt das fast Unmögliche fertig. Er ist ein Sprecher von außergewöhnlich vielseitiger Gestaltungskraft. Wenn doch keine anstehende Stimme in möglichst viele gleichgültige Ohren und Herzen drängel! Wand ein würde sie aufwecken. H. S.

Tages-Notizen

- Vereinsfestungen der H. S. V. D. Sechshunderter Diktat: Sonntag, 17. Februar, 5 1/2 Uhr, Schulaula, des Hülber- und Teilschreie Marschen- und Liedersingen. Aus dem Ludwig-Richter-Museum: Darstellungen und die Bremer Stadtmusikanten. Karten für Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf. Musikalische Mitwirkung der sozialistischen Arbeiterjugend, Gruppe Wedding.
- Singschüler Diktat: Sonntag, 18. März, 8 Uhr, Schulaula, Gellings-Vormerkung, Vortr. 18-19, Kammermusikabend unter Mitwirkung erster Klasse. Karten 1 M. Die Gesellen der anliegenden Diktate werden zu dieser Veranstaltung mit eingeladen.
- Vereinsfestungen von Neuland: Sonntag, 27. Februar, 7 Uhr, Kochstraße, Festliche Mitwirkung: Der Chor der Kaiser-Wilhelm-Universität (Dirigent: Max Kisch). Programm: Große und kleine Chöre. Solomitteilungen: Solo Trau-Schüler, 1. Solo, 2. Solo. Programm: Solosolo von Max Keger, Singsolo von Max Keger. Ein Kasperl: Solo Solo. Karten für 2 M. an den durch den Erlös erworbene Stellen und in Kasse, Zimmer 118.
- 2000 Gemeindefestlicher Jungen Sonntag, den 27. Februar, mittags 11 Uhr, im Jürgens-Kauf überhimmels Weber.
- Mitgliederversammlung: Sonntag, 27. Februar, 6 1/2 Uhr, im Kaiser-Wilhelm-Museum (Kasse des Jffan und italienische Bildwerke), Darstellungen durch Direktorialbeamte, Karten 1 M. und Kaufkraft über weitere Veranstaltungen am Eingang des Museums.
- Internationales Kunstwerk. Die helländische Tischlerwerkstatt „Architekten d'Wielde“ hat den Berliner Architekten, Graf Knebel, einen über den „Freiheit“ (von Friedrich) bei, zu einem Vortrag über neue Kunst und Kunsthandwerk eingeladen.
- Vorträge: Kulturpolitik: Vortrag am 6. März in der Gesellschaft über den Einfluß der Kunst auf die Kultur. — Vortrag über die Kunst am 20. Februar an vier Montagen, 8 Uhr, im Jürgens-Kauf, über das Kunstwerk in der Kunst.

Groß-Berlin

Bilder aus Berlin

Die Musik kommt!

„Ichingara dum dum!“ Durch das Zentrum der Stadt zieht Militär. Boran blühen die Instrumente, dahinter bewegt sich in gleichförmigem Trott, das Gemehr geschultert, die Kolonne. Einförmig grau, der Stahlhelm drückt. Bein vor Bein gesetzt, immer hübsch gleichmäßig, nur nicht schneller, nicht langsamer. Immer schön im Takt. — Geschlossene Masse. — Die Offiziere hoch zu Pferde, auffallend: Seht da, was wir heute schon wieder sind!

Und nebenher, rechts und links läuft das Volk. Bürger und Arbeiter, Junge und Alte. Lachen und freuen sich über die Klänge der Musik. Und — trotzet weiter mit.

Aufstrebend klingt der Armeemarsch. Herausfordernd steht sich der Hauptmann am. Ein Spottlächeln um den Mund: O, du dummes Volk! Wagen, mit Maschinengewehren darauf, rastein vorüber. Die Gänge tänzeln voller Ueberrut. — Doch das Volk hört nur die Musik. —

Ein alter Arbeiter kommt gegangen, gebeugt vom harten Schaffen. Einer von den Alten! Er sieht das Treiben. Ekel scheint ihn zu schütteln, er ballt die Hände, seine Lippen murmeln etwas. . . Schnell biegt er in eine Seitenstraße ein.

Der Zug ist vorüber. Alles geht seinen gewohnten Weg. In der Ferne verhalten die Klänge. — Jetzt nichts mehr. Die Menge wallt weiter; Worte wie: Donnerweiter, die Soldaten!

War Revolution? Ist darum Arbeiterblut geflossen? War Kampf gegen den Militarismus? Es scheint bereits vergessen. Nur weiter geschlafen! Macht nichts, was nachher kommt. . .

„Trara, dum dum, die Reaktion marschert.“ G. P.

Der Sonnenfeld-Prozess

Der dritte Verhandlungstag brachte eine Auseinandersetzung zwischen dem Angeklagten Sonnenfeld und dem Gefängnisarzt Dr. Bürger, von dem sich Sonnenfeld besonders schlecht behandelt glaubte. Auf die Verteidigung Bürgers erklärte Angeklagter Sonnenfeld: Ich stelle unter Beweis durch Vernehmung der Beamten, daß Herr Dr. Bürger ausnahmslos die Unwahrscheinlichkeit ergoht hat. — Der Vorsitzende erfuhr den Angeklagten dringlich, sich zu nähigen, und fragte weiter, ob er die in der vorigen Sitzung erhobenen schweren Angriffe gegen Dr. Bürger aufrecht erhalten wolle. — Dr. Bürger: Nachdem die Beschuldigungen gegen mich in großer Ausführlichkeit in die Deffenheit gekommen sind, habe ich alle Veranlassung, im Interesse des Gefängnisses selbst, die Dinge richtig zu stellen. Sonnenfeld hat behauptet, daß im Krankenhaus kürzlich drei Gefangene sich meinetwegen das Leben genommen haben. Solange ich Leiter des Krankenhauses bin, hat sich nur ein Rechtsanwalt erkängt. Er war auf die höchste Ebene gekommen und hatte durch Schiebungen den Staat um Millionen betrogen. Von weiteren Selbstmorden ist mir nichts bekannt. Herr Sonnenfeld behauptet auch, es seien drei Kranke durch meine Schuld elend zugrunde gegangen. Zu meiner Zeit sind nur zwei Gefangene gestorben, und die Todesurachen, die Dr. Bürger im einzelnen darlegt, sind in schweren Erkrankungen zu suchen. — Der Staatsanwalt erfuhr, den Antrag abzulehnen, da die Befangenen nicht glaubhaft gemacht sei. In der weiteren Beweisaufnahme werden dann mehrere Zeugen lediglich über ihre Wissenshaft bezüglich der von dem Angeklagten Sonnenfeld im angeblich entwendeten Papiere vernommen. Der Zeuge Fritz Henk, der Schwiegerjohn Scheidemanns, befindet, daß häufig Schriftstücke in dem Bureau von Elarz in der Regentstraße herumgesehen hätten. Es seien aber immer nur laufende Sachen gewesen. Wichtigere Urkunden hätten nicht herumgesehen. Der aus der Haft vorgeführte Gastwirt Theodor Sommer, der leinerzeit der Marfenderer des Korps Lütmitwig angehört und aus diesem Aniaz häufiger mit Elarz zu tun gehabt hat, sagt, daß er bei einem Besuch in der Regentstraße einen großen Tisch gesehen habe, auf dem alle möglichen Schriftstücke wie Kraut und Rüben durcheinander gelegen hätten. — Der frühere Intendanturfekretär Fritz Mahwig macht dieselben Angaben über die Rechnungsablage. Der Vorsitzende richtet an ihn eine Frage bezüglich der 500 M. monatlicher Bezahlung, die er von Herrn Elarz empfangen hat. Zeuge: Bei der Aufstellung der Freiwilligenruppen war den Beamten freigestellt, dort gegen Bezahlung tätig zu sein. Ich habe schon vor der Revolution die Erlaubnis, eine Nebenbeschäftigung zu übernehmen, weil ich mit den 200 M. Gehalt mit meiner Familie nicht leben konnte. — Vorl.: Das eigenliche ist aber, daß die Bezahlung gerade von einer mit der Rechnungsabstellung, mit der Sie dienstlich zu tun hatten, in Beziehung stehenden Stelle erfolgte. — Zeuge: Ich hatte nur Herrn Sonnenfeld bei der Rechnungsabstellung zu helfen und ihn zu beraten. — Vorl.: Was hatten Sie nachher bei der Intendantur zu tun? — Zeuge: Mit der sachlichen Prüfung, ob die Forderungen berechtigt waren, hatte ich nichts zu tun, sondern nur rechnemäßig bewilligen fallfalls rick die Rechnungen zu prüfen, also festzustellen, ob richtig gerechnet wurde und die Belege vorhanden sind.

Die Verlesung der Berliner Postzeitung auf 11 Uhr abends, die bereits seit dem vorigen Herbst geplant war, erfolgt, wie von zuktändiger Stelle gemeldet wird, nunmehr endgültig und unabwehrlich. Die verkürzte Folgezeitung wird am kommenden Montag in Kraft treten.

4. Distrikt. Beschäftigung der Verkennungsanlage des Marstoriums Baumschulweg, Kieholzstraße, mit vorangehender Feiert, Orgeispiel, Röhrlisches Männerquartett, Beizein der Freidenker. Beschäftigungszeit: 9 Uhr, 10 1/2 Uhr, 1 1/2 Uhr. Eintritt 1 M. Der Besuch ist jedem, der sich für Feuerbestattung interessiert, sehr zu empfehlen.

Ehedrama aus Eiferucht. Ein Ehedrama spielte sich in Potsdam, Kolonie Cecilienhöhe, ab. Dort erkrankt der 24jährige Glas-schneider Pohl nach einem Streit seine kaum 20jährige Frau mit einer Art und durchschnit sich dann selbst die Pulsadern. In hoffnungslosem Zustand wurden beide in das Städtische Krankenhaus in Potsdam eingeliefert. Wie es heißt, war Eiferucht das Motiv zur Tat. Pohl, der in Potsdam arbeitslos war, hatte im Rheinland eine Stellung gefunden und traf heute vormittag zum Besuch seiner Frau in Cecilienhöhe ein. In seiner Wohnung fand er zerrissene Liebesbriefe vor, die er bald darauf zusammenstellte. Hierbei geriet er durch den Inhalt der Briefe derart in Aufregung, daß er die furchtbare Tat vollführte.

Zur Förderung der Rehmbaumwelle sind auf Anregung des Ministers für Volkswirtschaft in Preußen eine Reihe von Beratungsstellen eingerichtet worden. Solche Stellen bestehen in Berlin, Breslau, Sorau, Königsberg, Köslin, Eiseben, Kiel, Münster, Achim und Haun (Nied.). Die Leiter dieser Beratungsstellen üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Versuche mit besonderen Naturbauverfahren sollen nur auf besonderen Auftrag durchgeführt, Verluste rein wissenschaftlicher Art den Laboratorien der Versuchsanstalten übertragen werden. Um unnützes und kostspieliges Vorkarben zu vermeiden, sollen künftig Durchsichten über die Techniken der Rehmbaumwelle nicht mehr von den einzelnen Beratungsstellen herausgegeben werden, dagegen ist eine einheitliche Bearbeitung durch das Preussische Reichsministerium, das als oberste Kontrollbehörde für die Förderung des Rehmbaumens zuständig ist, in Zusammenarbeit mit den Leitern der Beratungsstellen beabsichtigt. Auch wird durch das Reichsforstministerium voraussichtlich eine fortwährende amtliche Berichterstattung über die Verwendung der Rehmbaumwelle erfolgen.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag: Zeitweise neblig, sonst trocken und abendwiegend heiter, am Tage etwas kühl, bei mäßigen, anfangs südsüdlichen, später westlichen Winden.

Sie bereite den Kaffee vor ihrer Freundin mit größter Sorgfalt zu: Tropfen für Tropfen goß sie das lockende Wasser nach. Und als sie soviel nachgegossen hatte, daß es zu einer Tasse wurde, wollte sie nachgehören hören: die rechte Katharine die Tasse; sie mühte den ersten Kaffee trinken, denn der schmeckt ja immer am schönsten.

Es fiel ihnen sehr schwer, sich zu trennen, und wenn sie es schließlich überhaupt fertigbrachten, so kam das daher, daß sie ein Mittel gefunden hatten, sich nun über wiederzulehen.

Alle Nachmittage trieb Katharine Chotard das Vieh ihres Schwiegerohnes auf die Weide und hütete es bis zur Abendzeit. Diese Weide lag von dem Häuschen der Magdalena Walcutt sehr weit entfernt. Doch was tat das! Sie machte den Weg sehr gut zu, trotz ihrer Krampfadern, um als erste da zu sein. Sie kaufte englische Bonbons, weil Katharine einmal gesagt hatte, daß sie die am liebsten möge. Sie hätte ja Vespermintzeln gesehen vorgezogen oder noch lieber gar nichts besorgt, um ihr Geld zu sparen. Doch Leute, die man lieb hat, muß man natürlich Aufmerksamkeit erweisen. Nicht nebeneinander im Schatten ruhend, schlachten sie ihre Bonbons und oftmals sagte die eine zur andern:

„Aber da sehe ich ja, daß mein Vieh doch besser ist als Ihres. Wollen wir nicht tauschen?“

Sie sprachen mit frommen Lügen von der Vergangenheit. Sie waren zwölf Jahre lang Nachbarinnen gewesen, aber sie sagten: „Wenn man so zwanzig Jahre nebeneinander gehaust hat.“

Katharine gab nicht viel acht auf das Vieh. Ihre Gedanken beschäftigten sich nicht mit ihrem gegenwärtigen Leben.

„Erinnern Sie sich noch, Magdalena, wie glücklich wir miteinander waren? Wir hatten jede so unsere kleinen Eigenheiten!“

„Das will ich meinen,“ verleiht Magdalena, „Morgens, da trank man zusammen Kaffee. Dann legten sie vor meiner Tür. Nachmittags pagte ich auf die Hühner auf. Ach ja — wie schnell ist die Zeit doch vergangen!“

Sie trauten sich erst bei herandbrechender Nacht. Und sie gaben sich einen Kuß, ohne den Wunsch einander in die Wangen zu beißen.

Ein deutsches Kriegsdrama. Alfred Benerle las im Saal der Gesellschaft das Vorspiel zu Dostoieffs Drama „Der Weg nach Golgatha“. Ich kenne das Drama nicht. Nach diesem Vorspiel zu urteilen, ist es ein recht bemerkenswertes Werk. Auf einem Platz, den man un schwer als Potsdamer Platz wiedererkennt, die Vorgänge jenes Tages von 1918, an dem die Front wiedererstarrte — das ist der Inhalt dieses Vorspiels. Eine Knecht verhaftet wurde — das ist der Inhalt dieses Vorspiels. Eine Knecht verhaftet wurde — aber die hier zusammengefaßten und geistigert. Alle Vertreter des kriegsbegehrtesten Deutschlands (das eben können Namen „Kafarnalen“ trägt) treten auf: der Kriegs-

Gewerkchaftliches

Zur Lage in der Kali-Industrie

Die Kali-Industrie steht augenblicklich inmitten eines Zusammenbruchs, wie sie schlimmer bisher noch nicht da war. Hervorgehoben und gefördert werden, ob bewußt oder unbewußt, ist diese Katastrophensituation von den Arbeitgebern und den Besitzern der Kaliwerke. Die Arbeiterorganisationen der Bergarbeiter haben seit Jahren gewarnt, diese Politik weiter zu treiben und Maßnahmen gefordert, um eine gesunde Wirtschaftspolitik herbeizuführen. Nichts ist geschehen, im Gegenteil, die Werksbesitzer haben ihre sinnlose und verderbliche kapitalistische Wirtschaftsweise immer mehr gesteigert und sind dadurch schuldig an den jetzigen Zuständen in der Kaliindustrie. Die Arbeiterentlohnung ist seit einigen Jahren die denkbar schlechteste. In allen anderen Bergbauarten und in den anderen Industrien liegen die Löhne höher als wie hier. Jetzt soll die Sanierung und Finanzierung derselben ebenfalls nach der Auffassung der Werksbesitzer auf Kosten der Arbeiter geschehen. Am 20. November 1920 ist ein Schiedsspruch gefällt, der den Arbeitern eine durchschnittliche Erhöhung ihres Lohnes von 3,70 bis 3,80 M. je Schicht bringt. Das Reichsarbeitsministerium hat diesen Schiedsspruch für verbindlich erklärt, trotz alledem aber erklären die Arbeitgeber, daß sie die erhöhten Löhne nicht zahlen. Sie verlangen sogar von den Arbeitnehmern, daß diese sich vor der Durchführung des Schiedsspruches dafür einsehen, daß die Kalipreise um 50 bis 55 Prozent erhöht werden. Das wird mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die Werksbesitzer verlangen weiter die Einsetzung der Organisationsvertreter der Arbeiter für die Schaffung einer einheitlichen Frachtparitätsstation und ferner, daß die erhöhten Frachtsätze für Kali nicht zur Durchführung kommen. Die Arbeitnehmer haben auf dieses Ansinnen hin den Werksbesitzern bereits am 16. d. Mts. folgende Erklärung abgegeben:

Die Organisationsvertreter der Arbeiter erkennen an, daß zur Zeit die Lage der Kali-Industrie äußerst schwierig ist. Die Arbeitervertreter erklären sich bereit, an der Gesundung der Kali-Industrie mitzuarbeiten. Voraussetzung für diese Mitarbeit ist, daß zunächst der rechtsverbindlich erklärte Schiedsspruch vom 20. 11. 20 von den Arbeitgebern anerkannt und sofort durchgeführt wird. Da die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der Kali-Industrie durch die im Schiedsspruch festgelegte Lohnherhöhung nicht ausreichend sichergestellt ist, muß das Ausmaß der weiteren Lohnherhöhung vor der Preis-erhöhung festgelegt werden.

Daraufhin haben die Arbeitgeber in derselben Sitzung erklärt, daß sie nunmehr, nachdem die Arbeitnehmer die Vorschläge der Werksbesitzer ablehnen, zu Stillelegungen zahlreicher Werke, Einlegung von Ferialschichten, Verminderung der Belegschaften und sofortige Kündigung der Tariflöhne übergehen würden. Diese Drohung hat man inzwischen wahrgenommen. Ferialschichten und Verkürzungen sind erfolgt. Die Werksbesitzer wollen durch ihr Vorgehen die Arbeiter und ihre Organisationen zwingen, auf die Vorschläge ihrerseits einzugehen. Es war deshalb notwendig, daß die Arbeitererschaft des Kaliberzuges mit ihren gewerkchaftlichen Organisationen in einer Reichskonferenz nochmals zu der augenblicklichen Lage Stellung nahm. Das geschah in einer Tagung am Dienstag, den 22. d. M., in Magdeburg. Neben wohl war eine so einmütige Beurteilung über das Vorgehen der Werksbesitzer und dessen Verhalten und Benehmen gegenüber den Arbeitervertretern in einer so großen Konferenz vorhanden, wie in dieser. Von allen Rednern wurde förmlich verlangt, daß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das Auftreten der Arbeitgeber vorgegangen werden müsse. Die Arbeitgeber sollten als Antwort auf ihre letzte Erklärung hin folgende, einstimmig gefasste Entscheidung gegeben werden:

Die Reichskonferenz der Vertreter der Kaliwerksarbeiter Deutschlands aller Organisationsrichtungen und der Angestellten, welche von 300 Delegierten und Beiratsmitgliedern besucht war, nimmt Kenntnis von den in der Sitzung vom 15. Februar 1921 abgegebenen zwei Erklärungen des Arbeitgeberverbandes für die Kaliindustrie. Sie erklärt dazu folgendes:

- Die Erklärung 1 des Arbeitgeberverbandes fordert von den Organisationsvertretern der Arbeiter: 1. Anerkennung der schlechten Lage der Kaliindustrie. 2. Zustimmung zu einer Preis-erhöhung bis zur Höhe von 500 Millionen Mark.

- 3. Das Eintreten für die Einführung einer zentral gelegenen, einheitlichen Frachtparitätsstation. 4. Die Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen über Zurückvergütung eines Teiles der vom Empfänger zu tragenden Frachten an das Kaliindustrial. 5. Das Eintreten für Quotenübertragungen und Wertstilllegungen. 6. Bezüglich auf die durch Schiedsspruch vom 20. 11. 1920 zuerkannte und vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärte Lohnzulage ab 1. November 1920.

Außerdem aber droht der Arbeitgeberverband mit Lohnabzügen im Falle der Ablehnung der Preis-erhöhung in Höhe von 500 Millionen Mark.

Die Erklärung 2 des Arbeitgeberverbandes lehnt jede Lohn-erhöhung ab. Sie spricht die klare Drohung aus:

- 1. Stilllegung zahlreicher Werke, 2. Einlegung von Ferialschichten, 3. Verminderung der Belegschaften und 4. sofortige Kündigung der Lohnliste.

Die einseitig zugunsten der Arbeitgeber geforderte Erklärung 1 konnte für die Arbeitnehmervertreter keine Grundlage zu Verhandlungen sein. Mit dem Verhalten ihrer Vertreter erklärt sich die Konferenz einverstanden. Die Erklärung 2 des Arbeitgeberverbandes betrachtet die Konferenz als eine scharfe Kampfanlage an die gesamte Arbeitnehmererschaft der Kaliindustrie.

Die Konferenz verpflichtet die Organisationsvertreter aller Richtungen in der Kaliindustrie, sofort die geeigneten Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Trotz der Kampfanlage des Arbeitgeberverbandes erklärt sich die Konferenz bereit, ihre Vertreter zu ernannten Verhandlungen auf folgender Grundlage zu ermächtigen:

- 1. Anerkennung des Schiedsspruches vom 20. November 1920, 2. Ausgleichung der in der Kaliindustrie gezahlten Löhne an die der Braunkohlenarbeiter, 3. Sanierung der Industrie durch entsprechende Maßnahmen.

Die Konferenz verpflichtet alle Arbeiter und Angestellten in der Kaliindustrie in Anbetracht der außerordentlich ernsten Sachlage, sich entschieden hinter ihre Organisationsführer zu stellen. Nur so ist es möglich, zur Gesundung der Kaliindustrie und annehmbaren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu gelangen.

Prämien-Schwindel

Die Unternehmer wittern Vorkriegsluft. Was sie glauben, sich herausnehmen zu dürfen, zeigt folgendes Rundschreiben der Firma Schweißer & Oppler, Berlin, Neue Wilhelmstr. 2:

Hie/We, Berlin, den 18. Februar 1921. Rundschreiben an alle Stenotypistinnen Nr. 35.

Die Prüfung der Arbeiten jüngerer Stenotypistinnen hat ergeben, daß diese in den einzelnen Abteilungen überlastet sind, in anderen Abteilungen aber nicht ausreichend beschäftigt werden. Wir beschließen, hier einen Ausgleich zu schaffen, wollen aber dabei den Stenotypistinnen Gelegenheit geben, bei erhöhten Leistungen Prämien zu verdienen. Zu diesem Zweck erhalten die Stenotypistinnen einen Vordruck, auf welchem sie ihre Tagesleistungen zu vermerken haben. Die Vordrucke werden täglich gesammelt und die Angaben notiert. Die Briefe sind möglichst nach der in der Anlage beigegebenen Vorschrift zu schreiben. Unsauber oder fehlerhaft geschriebene Briefe, die aus diesem Grunde noch einmal geschrieben werden müssen, werden nicht gerechnet. Bei Schema oder Massenbriefen ist vor Anfertigung derselben mit Fr. Meyer I Rücksprache zu nehmen, die in den meisten Fällen eine Verteilung dieser Arbeit vornimmt. Für die im Monat geschriebene Höchstleistung legen wir bis auf weiteres als 1. Prämie 100 M., 2. Prämie 75 M., 3. Prämie 60 M., 4. Prämie 50 M., 5. Prämie 40 M., 6. Prämie 30 M., 7. Prämie 25 M., 8. Prämie 20 M., 9. Prämie 15 M., 10. Prämie 10 M. fest. Nicht vollaus beschäftigte Stenotypistinnen wollen sich bei Fr. Meyer I melden. Das vorstehende Rundschreiben tritt mit dem 1. März 1921 in Kraft. Vom 21. bis 28. Februar 1921 wird hiernach schon probeweise ohne Prämierung verfahren.

gez. Selig. gez. Kiege.

Zur Ehre der bei der Firma Angestellten wollen wir annehmen, daß dieses Angebot, das eine Umgehung des Achtstundentages in sich birgt, energisch und mit aller gebotenen Deutlichkeit abgelehnt wird. Wir glauben auch nicht, daß sich für Prämien von 10-100 M. jemand finden wird, um die edlen Absichten der Firma zu vollführen. Im übrigen dürfte es Aufgabe der Organisation sein, dort nach dem Rechten zu sehen.

Die soziale Weltfirma Rudolf Mosse

Welche haarsträubenden Zustände auch heute noch in der schon immer durch ihre „hohen“ Gehälter bekannte Firma Rudolf Mosse herrschen, beweist folgender kürzlich vor dem Schlichtungs-ausschuß Groß-Berlin behandelter Fall: Die Firma beschäftigte seit 6 Monaten einen jungen Mann mit der Aufnahme deutscher Stenogramme und ihrer Uebersetzung in die englische und französische Sprache. Er erhielt das für die gleiche Gehalt von zunächst 275 M. und seit dem erfolgreich geführten Streit im Oktober vorigen Jahres 316,50 M. monatlich! Dieses Gehalt schien der Firma offenbar für einen Stenotypisten mit englischen und französischen Sprachkenntnissen zu hoch und sie entließ den Angestellten, jedenfalls um ihn danach zu bewahren, sich mit seinem Neinsten Gehalt eine Herabsetzung zuzuziehen. Die Entlassung soll angeblich erfolgt sein wegen ungenügender Leistungen. Wertwärtigerweise hat die Firma zu dieser Feststellung 5 Monate gebraucht! Solche Fälle sehen leider nicht vereinzelt da. Nur durch Klagenfälle, wie den vorliegenden, erfährt die Organisation vielfach am ersten Male von dem Bestehen derartigen Gehaltsverhältnissen, da immer noch viele Angestellte in kalter Scham es unterlassen, sich an den Betriebsrat und die Organisation zu wenden. Die Firma Rudolf Mosse hat bis zur Stunde trotz der klaren Bestimmungen des § 71 B.R.G. die Vorlage der Gehaltslisten zur Durchführung der bestehenden Tarifverträge dem Betriebsrat verweigert. Die angeblich so demokratische Firma vertritt damit gegen die elementarsten Grundzüge der Betriebsdemokratie und den klaren Wortlaut des Gesetzes, so daß der Betriebsrat schließlich gezwungen war, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erheben. Fälle wie der vorliegende beweisen jedenfalls die Notwendigkeit des festen gewerkchaftlichen Zusammenschlusses, aber auch des Aufgebens der Eigenbrüttelei und rücksichtsloser Klarlegung der Gehaltsverhältnisse, denn Betriebsrat und Organisation sind nur dann in der Lage, die abgeschlossenen Tarifverträge zur Wirksamkeit werden zu lassen, wenn die Kollegenschaft ihnen die Unterlagen dazu liefert.

Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes.

Buchbinder! Einzelmittglieder und Kleinbetriebe bis zu vier Mitgliedern werden hierdurch ersucht, zu dem am Sonntag, den 27. Februar, vorm. 11 Uhr, in Graumanns Festsaal, Raunowstr. 27, stattfindenden Wahlversammlung zu erscheinen. Es sollen dort die Delegierten zur Generalversammlung gewählt werden und ist es diesmal notwendig, daß dieser Versammlung mehr Interesse entgegengebracht wird, wie den am Mittwoch stattfindenden Versammlungen. Kolleginnen und Kollegen! Macht von euerem Recht Gebrauch! Einzelmittglieder und alle in den obenerwähnten Kleinbetrieben (bis zu vier Mitgliedern) Beschäftigten, erscheint unbedingt in obiger Versammlung. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Portier-Verband (Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes). Sonntag, den 27. Februar, vormittags 10 Uhr, allgemeine Funktionärerversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 3. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Erdmann. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Wahl der Sektionsleitung.

Aus den Organisationen

Sonnabend, 26. Februar. 1. Bezirk. Bilanz zum Licht- und Dunkelabend 7 Uhr, bei Selzer, Steinwegstr. 29, abgerechnet werden. Nicht abgerechnete Bilanzen gelten als verfallen. 4. Bezirk. Abrechnung der Krematoriumsbilanz, 7 Uhr, bei Dies, Kammstr. 2.

Sonntag, 27. Februar. 4. Bezirk. 13. Abteilung. Die Teilnehmer an der Krematoriumsbilanz treffen sich Freitag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, bei Selzer, Steinwegstr. 29, abgerechnet werden. Nicht abgerechnete Bilanzen gelten als verfallen. 17. Bezirk. Elternbeiräte. Einmütige Elternbeiräte und Elternvereine nehmen an der Kassenprüfung der Elternbeiräte für den 3. Verwaltungsbereich (Wohlding), vorm. 10 Uhr, im Schiller-Park, Poststraße 6a, Bismarckstr. teil.

Vereinskalender

Sonnabend, 26. Februar. Jugendlige Schachspieler. Abends 7 Uhr, findet im Jugendheim, Reußstr. 113, ein Vortrag statt über: „Das Schach und seine Bedeutung für die Jugend“. Eintritt frei.

Sonntag, 27. Februar. Internationaler Bund der Kriegswidrigkeiten. Um 9 Uhr zum Demonstration treffen sich die Mitglieder der Ortsgruppe Söden vormittags 9 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenstr. 65. Abmarsch pünktlich 9.15 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig Kowalewski, Berlin. - Druck der „Freiheit“, Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Das künstliche Höhenjonnebad „Altis“

Wohl selten hat sich ein der Weltgeschichte dienendes Unternehmen so rasch entwickelt, wie das künstliche Höhenjonnebad „Altis“. Seit 18 künstlichen Höhenjonnebädern in der Welt sind bis heute 2-400 in die Welt der Welt hinaus verbreitet. Dieses Wachstum ist einerseits der immer größer werdenden Erkenntnis von den Heilwirkungen der künstlichen Höhenjonne auszuwählen andererseits aber dem Bestreben der Betreuer, das die Heilwirkung der Höhenjonne und ihrem Heiler entgegenzubringen, hat die Welt aus mehreren Verfassungen über die Bestimmungen der künstlichen Höhenjonne bekannt ist.

Das Wachstum der Welt hat schon viele verursacht, hat eine künstliche Höhenjonne anzuschließen, um ihrer Wirkung nach recht viel Geld zu verdienen, obwohl sie keinen Schaden von der Welt bringt. Ihre ganze Kenntnis bezieht darin, daß sie einmal in künstlichen Höhenjonnebädern eine Kur durchzuführen und die Schwächen nach Möglichkeit auszugleichen. Kenntnisse der Höhenjonne (Ultraschall) aber praktische Gesundheit haben sie nicht.

Kurzer beschreiben mit früheren Schichten und geben sie als künstliche Höhenjonne aus.

Da schon viele Besucher dieses künstlichen Höhenjonnebades „Altis“ zu tun, so ist es leicht festzustellen nachfolgendes:

Wohl selten hat sich ein der Weltgeschichte dienendes Unternehmen so rasch entwickelt, wie das künstliche Höhenjonnebad „Altis“. Seit 18 künstlichen Höhenjonnebädern in der Welt sind bis heute 2-400 in die Welt hinaus verbreitet. Dieses Wachstum ist einerseits der immer größer werdenden Erkenntnis von den Heilwirkungen der künstlichen Höhenjonne auszuwählen andererseits aber dem Bestreben der Betreuer, das die Heilwirkung der Höhenjonne und ihrem Heiler entgegenzubringen, hat die Welt aus mehreren Verfassungen über die Bestimmungen der künstlichen Höhenjonne bekannt ist.

Das Wachstum der Welt hat schon viele verursacht, hat eine künstliche Höhenjonne anzuschließen, um ihrer Wirkung nach recht viel Geld zu verdienen, obwohl sie keinen Schaden von der Welt bringt. Ihre ganze Kenntnis bezieht darin, daß sie einmal in künstlichen Höhenjonnebädern eine Kur durchzuführen und die Schwächen nach Möglichkeit auszugleichen. Kenntnisse der Höhenjonne (Ultraschall) aber praktische Gesundheit haben sie nicht.

Kurzer beschreiben mit früheren Schichten und geben sie als künstliche Höhenjonne aus.

Aus erster Hand. Zur Jugendweih. Glückwunsch-Karten, Einladungs-Karten, Geschenkwerke für die schulfähige Jugend mit geliebtem Inhalt in wertvollster Ausstattung. Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C. 2, Breite Str. 8-9. Genossen! Werbt für die Freiheit!

Leicht beschädigte Klassiker, Romane, Jugendschriften, Sozialistische Literatur. 25% Preisermäßigung. Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8/9. Botenfrauen (organisiert), welche schon ausgetreten haben, stellt für Marsch-, Besondere Str., Kaiser-Friedr.-Str., Goltzstr. ein Expedition Krüger / Neukölln, Emscher Straße 82. Botenfrauen werden noch eingestellt, zum 1. März, in unserer neuen Ausgabestelle. Schwedter Straße 23. Meldungen erbitten in unserer Expedition Johannisstr. 9.

Kleine Anzeigen. Verkauf. Kaufgehilfe. Möbel. Werkzeuge und Maschinen. Tiermarkt. Vermietungen.